

Der Vatikan auf dem Weg zu mehr Transparenz

Nach den Geldwäschewürfen muss der Vatikan reagieren – wie, das erläuterte gestern René Brühlhart, Leiter der vatikanischen Finanzaufsichtsbehörde, im Rahmen einer LPC-Veranstaltung.

Von Angela Hüppi

Vaduz. – Zahlreiche Gäste erschienen gestern Abend im Gasthaus Löwen in Vaduz, um René Brühlhart zum Thema «Reform des Vatikans im Finanzbereich» sprechen zu hören. In Liechtenstein ist der Berater des Heiligen Stuhls und Leiter der vatikanischen Aufsichtsbehörde noch als ehemaliger Leiter der Financial Intelligence Unit (FIU) bekannt. Der Internationale Liechtensteiner Presseclub (LPC) hatte Brühlhart eingeladen, die Anstrengungen des Vatikans im Bereich der Geldwäschebekämpfung zu erläutern.

Wie umgehen mit dem Skandal?

Es waren keine positiven Schlagzeilen, die in den vergangenen Monaten rund um das Thema Vatikanbank veröffentlicht wurden: «Vatikanbanken eingefroren», «Behörden ermitteln gegen Vatikanbank» oder «Bei der Vatikanbank rollen die Köpfe» hiess es etwa in der internationalen Presse. René Brühlhart hat sein Amt als Leiter der vatikanischen Finanzaufsichtsbehörde nicht zu einer einfachen Zeit angetreten. «Konten wurden gesperrt, Kreditkarten funktionierten nicht mehr, der Papst trat zurück und dann auch noch der Präsident der Vatikanbank», zog Brühlhart gestern Resümee.

«Als Leiter der vatikanischen Aufsichtsbehörde stellten sich mir zwei Fragen: Wo sind die Verwundbarkei-

ten, und wie geht man damit um?», sagte Brühlhart zum Vorgehen seiner Behörde nach den Geldwäschewürfen. Man müsse sich darüber im Klaren sein, dass es sich beim Vatikan nicht um einen Finanzplatz, sondern lediglich um ein Finanzinstitut, der sogenannten Vatikanbank, handle, das aber über eine globale Kundschaft verfüge.

Konkret seien in den vergangenen 12 Monaten vor allem zwei Kernbereiche angegangen worden: Es habe zum einen eine interne Aufarbeitung der Thematik stattgefunden, und zum anderen sei der rechtliche Rahmen aufgesetzt worden, damit das Umfeld auf Behördenseite für die neuen Strukturen gegeben sei. Was vielleicht nicht nach grossen Umwälzungen klinge, sei für den Vatikan zumindest ein mittleres Erdbeben gewesen. «Dass beispielsweise zum ersten Mal überhaupt ein Jahresbericht herausgegeben und an einer Pressekonferenz vorgestellt wurde, wo dann offen über das Thema Geldwäscherei gesprochen wurde, war für den Vatikan ein grosser Schritt», so Brühlhart. Dies zeige, dass zumindest das Bemühen um mehr Transparenz vorhanden sei.

Massnahmen beginnen zu greifen

Im vergangenen Dezember habe man zudem angefangen, ein neues Geldwäschereigesetz sowie eine Aufsichtsgesetzgebung auszuarbeiten. «Ob das funktionieren wird, wird sich noch zeigen», so Brühlhart. Zumindest könne bisher festgestellt werden, dass im Bereich des Geldwäsche-Meldesystems eine massive Zunahme zu verzeichnen sei. «Das zeigt, dass die Massnahmen langsam zu greifen beginnen.» Neu sei zudem auch die Vorgabe im aufsichtsrechtlichen Bereich,



Treibt Reformen in einem ganz speziellen Umfeld voran: René Brühlhart, Leiter der vatikanischen Finanzaufsichtsbehörde, erläuterte gestern, wie der Vatikan auf den Geldwäscheskandal reagiert. Bild sdb

dass künftig jede Finanzaktivität im Vatikan eine entsprechende Lizenz benötige.

«All diese Massnahmen sind verbunden mit einer extensiven Kommunikation», führte Brühlhart aus. Denn immerhin habe man es im Vatikan mit einer etwas anderen Welt zu tun: «Beispielsweise den Kardinälen beizubringen, weshalb diese Änderungen notwendig sind, ist nicht immer einfach», so Brühlhart. Im Vatikan herrsche eben eine andere Atmosphäre,

die auf Vertrauen beruhe: «Man will die Geistlichen nicht bei jeder Transaktion fragen, weshalb sie nun einen bestimmten Betrag benötigen und was sie genau damit machen werden.» Daher sei vonseiten der Aufsichtsbehörde viel Fingerspitzengefühl gefragt – «manchmal gelingt das, manchmal nicht».

Die Mauern langsam öffnen

Der Vatikan befinde sich aber auf gutem Weg, die früher stets geschlosse-

nen Mauern langsam und kontrolliert ein wenig zu öffnen. Hier sieht René Brühlhart auch Parallelen zum liechtensteinischen Finanzplatz vor etwas mehr als zehn Jahren: «Man versuchte, Schritt für Schritt Faktum um Faktum zu schaffen, und zwar in erster Linie für sich selbst, nicht für die Öffentlichkeit.» Und damit sei man in Liechtenstein letztlich nicht allzu schlecht gefahren – einen ähnlichen Weg erhofft sich René Brühlhart nun auch für die Vatikanbank.

«Es gibt keinen Königsweg»

Zur Stippvisite zum Thema «Kooperation zwischen den Gemeinden – oder doch Fusion?» lud die FDP gestern in den Gemeindesaal Mauren. Als Gastreferent informierte Urs Kundert über die Vor- und Nachteile einer Gemeindefusion am Beispiel von Glarus.

Mauren. – «Unsere Gemeinden werden in Zukunft über ein Sparpotenzial nachdenken müssen», dessen ist sich FDP-Parteipräsident Alexander Batliner sicher. Er sehe es als die Pflicht seiner Partei, daher eine Diskussion in Gang zu setzen und Lösungs- und Entwicklungsmöglichkeiten zu besprechen. «Es ist die finanzpolitische Lage, die es zwingend notwendig macht, über alle Formen von Kooperation zu sprechen», führt Batliner den Grund für die Stippvisite an. «Momentan sind jedoch keine weiteren Massnahmen bei den Gemeinden vorgesehen», erklärte Regierungschef Adrian Hasler an der Podiumsdiskussion, an der auch Gemeindevorsteher Freddy Kaiser, Bürgermeister Ewald Ospelt und Referent Urs Kundert teilnahmen.

Keine automatischen Einsparungen Es sind viele Ängste und Unsicherheiten, die mit einer möglichen Fusion

der Gemeinden verbunden sind. So stellt sich auch die Frage «Geht die Identität nicht verloren?» im Publikum. Auch bleibt die Frage offen, ob die sensiblen Bereiche wie Schulen und Feuerwehr angetastet werden dürfen und sollen. So wollte auch Landesfeuerwehrkommandant Matthäus Hoop konkret wissen, wie viele Feuerwehrautos in Glarus nach der Reorganisation eingespart werden könnten. Doch dies lässt sich nicht genau sagen, da bereits im Vorfeld eine Feuerwehrfusion stattfand. Da dies jedoch erst zwei Jahre her sei, fahren noch gleich viele Feuerwehrautos, meinte Kundert. Er gab zu bedenken, dass es falsch wäre, Fusionen nur an deren Einsparungen zu messen. «Einsparungen geschehen nicht automatisch durch eine Fusion», verwischte er die Visionen und zeigte die Realität auf. «Auch die innere Organisation muss grundlegend geändert werden», gab er zu bedenken. Doch der Lohn sei gewiss: Gemeinden werden autonomer und so stärker. Die heutigen Gemeinden Glarus, Glarus Nord und Glarus Süd wurden aus insgesamt 29 Gemeinden zusammengeschlossen. Dabei hatten die Politiker und eine Arbeitsgruppe während rund vier Jahren mit anspruchsvollen Herausforderungen zu kämpfen. So war es ein permanenter Prozess, die Änderungen vorzunehmen. Doch auch in Liechten-



Sind Gemeindefusionen ein denk- und gangbarer Weg? Im Gemeindesaal in Mauren wurde gestern über dieses interessante Thema diskutiert. Bild R. Schachenhofer

stein existieren bereits mehr Kooperationen, als man auf den ersten Blick erkennt. So sind es vor allem im liechtensteinischen Unterland beispielhafte Projekte wie etwa der Sportpark Eschen-Mauren, der Samariterverein

Liechtensteiner Unterland oder etwa das Jahrmarktswesen. «Die Beispiele sollen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir uns erst in einer Anfangsphase befinden», gibt Alexander Batliner zu bedenken und weist hoff-

nungsvoll in die Zukunft. Eine glarner Stimme aus dem Publikum gibt jedoch noch einen zentralen Hinweis zu bedenken: «Sollte es in Liechtenstein zu einer Entscheidung kommen, so macht diese an der Urne.» (mp)

Eröffnungsapéro

Geniessen Sie's bunt – wie unsere Karte

8. Nov., ab 15 Uhr

STREETSIDE 9

Restaurant • Take Away • Catering

Seien Sie am Freitag unser Gast. Besuchen Sie uns an der Herrengasse 9, FL-9490 Vaduz, ☎+423 230 23 23